

❖ Am 3. Oktober 2010 gedenken wir des zwanzigsten Jahrestages der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Recht und Freiheit. Jahres- und Gedenktage gehören nicht nur zur Identität jedes Menschen, sondern auch zum Selbstverständnis jeder modernen Nation. Den Deutschen des einundzwanzigsten Jahrhunderts wird man schwerlich unterstellen können, mit einem ungesunden Übermaß an nationalem Pathos ausgestattet zu sein. Es gibt heutzutage in Europa und international keine Skepsis mehr, sondern es gilt allenthalben eher als ein Mindestmaß an verständlicher Freude, wenn Deutsche bei fußballerischen Sommermärchen hunderttausendfach schwarz-rot-goldene Symbole schwingen. Das ist bei uns so normal wie in anderen Ländern.

Das Wichtigste ist die friedliche Revolution der Ostdeutschen, die sich eben nicht auf ein einziges Ereignis festlegen lässt. Vor einem Jahr, am 9. November 2009, haben wir den zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls begangen. Gewiss war der Mauerfall eines der zentralen Ereignisse auf dem Weg zur deutschen Einheit. Aber wer wollte den Mutigen, die sich schon im Mai 1989 der allgegenwärtigen und brutal agierenden Staatsmacht entgegenstellten, indem sie die offiziell verkündeten Kommunalwahlergebnisse anzweifelten, sagen, ihr Engagement und Mut sei weniger wert gewesen als das der Berliner „Mauerspechte“ einige Monate später? Das Aufbegehren gegen die seit Jahr-



zehnten gängige SED-Praxis der Wahlfälschungen war ein erster großer Befreiungsschlag für viele DDR-Bürger: Befreiung aus dem Gefühl der Unmündigkeit und Machtlosigkeit. Einige Wochen später protestierten Ostdeutsche gegen die offizielle

DDR-Medienberichterstattung über das Massaker der chinesischen Kommunisten an Studenten in Peking.

Jetzt, im zwanzigsten Jahr der Rückbesinnung, sollten sich vor allem die Westdeutschen vor Augen halten: In einem freiheitlichen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland war Kritik an Politik und Medien verfassungsmäßig garantiert. In einem totalitären politischen System wie dem der DDR hieß das nichts weniger als die prinzipielle Infragestellung der politischen Ordnung! Noch im Sommer 1989 drohte dafür brutale Verfolgung seitens der Staatsmacht und die Aussicht, für den Rest des Lebens innerhalb der DDR offiziell stigmatisiert zu sein mit den entsprechenden Folgen für Familie und berufliche Zukunft. Die dann folgende, hunderttausendfache Abstimmung mit den Füßen, nämlich die Flucht und Fluchtversuche aus der DDR in den Sommermonaten 1989, offenbarten wie kaum ein anderes Ereignis in dieser Zeit den maroden Zustand der Politik und Wirtschaft im SED-System. Aber all dies fand vor dem Hintergrund eines noch intakten Repressionsapparates in der DDR statt. Selbst bei den dann im Frühherbst des Jahres immer mächtiger werdenden Demonstrationen in vielen großen und klei-

neren Städten der DDR war es alles andere als sicher, ob die Forderung der Demonstranten nach ausschließlich friedlichen Veränderungen so auch von der Staatsmacht anerkannt würde. Dagegen sprachen massive Aufgebote von Militär und Sicherheitskräften, beispielsweise in der Heldenstadt Leipzig im Oktober 1989. Die Freude über den Mauerfall war für viele in Ost und West sehr spontan. Wer erinnert sich nicht an die Bilder aus Berlin, wo konsternierte Grenzzoffiziere den Menschen beim Überschreiten der bis dahin streng bewachten Grenze hinterherschauten, wo Stunden vorher ein solcher Versuch noch zu Schüssen geführt hätte, oder auch an die Szene im Wasserwerk in Bonn, wo die meisten Abgeordneten des zu abendlicher Stunde tagenden Bundestags spontan die Nationalhymne anstimmten.

Zur deutschen Einheit gehört aber auch die dann schnell folgende, „nüchterne“ Realpolitik. Erst wenn man sich vor Augen hält, wie gewaltig die Herausforderungen waren, dann wird klar, welche großartige Leistungen in den folgenden zehn Monaten in der frei gewählten Volkskammer, im Deutschen Bundestag, in Ministerbüros und in vielen Amtsstuben erbracht wurden. Hinzu kam das diplomatische Parkett, das in Anbetracht des unbedingten Wunsches der Ostdeutschen nach Wiedervereinigung auch 1989/90 durchaus „glatt“ sein konnte. Der Wunsch nach Wiedervereinigung war das eine. Die Nachkriegsordnung und der internationale Status Deutschlands in der Folge des Krieges waren das andere. Nicht nur die Zustimmung der politisch „taumelnden“ Sowjetunion, sondern auch die der westlichen Verbündeten Frankreich, Großbritannien und USA zur deutschen Einheit war alles andere als sicher! Es gab die Helden von Leipzig, Dresden oder Plauen. Aber es gab auch Helden in den Amtssitzen der Regierungen der wichtigsten Länder Europas und der USA. Bundeskanzler Hel-

mut Kohl vermochte es, die beiden Elemente „Emotion“ und staatsmännische „Nüchternheit“ in Realpolitik umzuwandeln, Tagespolitik und Staatskunst lagen eng beieinander. Deshalb ist er nicht nur für die Historiker, sondern für uns alle der Kanzler der Einheit! Mit dem ersten und letzten frei gewählten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, hatte er einen Partner, der zur Wiedervereinigung entschlossen war.

Besondere Anerkennung gilt aber auch dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem damaligen parlamentarischen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR, Günther Krause, die den Einigungsvertrag ausgehandelt haben. Vielleicht mag man die Leistungen von Politikern in solch „historischen“ Zeiten nicht gern als heldenhaft bezeichnen. Trotzdem sei es erlaubt, dass sich später durchaus Emotionen darüber den Weg bahnen! Anzumerken ist auch, dass es – anders als in mancher europäischen Hauptstadt – im Europäischen Parlament keinen ernsthaften Widerspruch gegen die deutsche Einheit gab, weil das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, einschließlich des deutschen Volkes, zum Selbstverständnis in der europäischen Volksvertretung gehörte und gehört. Für mich als deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments bleibt dieses eine der schönsten Erfahrungen meines politischen Lebens.

Es bedarf des nüchternen Blicks, wenn man nach zwanzig Jahren eine Bilanz der deutschen Einheit ziehen will. Rechtsstaatlichkeit und Freiheit für siebzehn Millionen Deutsche östlich der Elbe eingeführt und mit allen notwendigen Institutionen verwirklicht zu haben ist vielleicht nur eine sachliche Feststellung. Aber viele ehemalige DDR-Bürger spüren und schätzen seither, was es bedeutet, Rechte gegenüber staatlichen Institutionen zu haben und diese auch durchsetzen zu können. Überhaupt sind es die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger der beiden ehe-

maligen Teile Deutschlands, die zu wichtigen Akteuren im Einheitsprozess wurden. Die Leistungsfähigkeit aller Deutschen, die Bereitschaft zur Solidarität der Westdeutschen, die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Ostdeutschen nach dem bedauerlichen, aber oft unausweichlichen Verlust des Arbeitsplatzes und damit vielfach auch des sozialen Umfeldes, das alles sind Bestandteile eines erfolgreichen Prozesses der Wiedervereinigung.

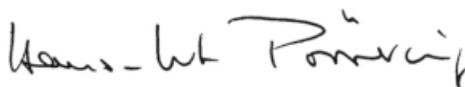
Der von manchen Kritikern der deutschen Einheit immer wieder vorgebrachte Unmut über das angeblich viel zu schnelle Tempo zur deutschen Einheit entspricht einfach nicht den historischen Notwendigkeiten und dem Kontext dieser Ereignisse. Wer käme denn andererseits auf die Idee zu behaupten, die Sanierung der meisten Städte in den neuen Ländern sei zu schnell erfolgt? Nur wer bereit ist, zur Kenntnis zu nehmen, in welchem Zustand sich 1989 Schwerin, Magdeburg, Leipzig, Erfurt oder Dresden befunden hatten, vermag darüber im besten Sinne zu staunen, dass diese Orte heute alle wieder ein eigenes, für sie typisches Gesicht haben, während sie bis 1989 oft nur graue Bezirksstädte der DDR waren. Es lohnt sich, im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit die scharfsinnigen Beobachtungen der Schriftstellerin Monika Maron (beispielsweise über die Stadt Bitterfeld) vor und nach der Wende zu lesen. Gerade dort zeigen sich Schritt für Schritt, aber unübersehbar, die Erfolge bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung ostdeutscher Regionen, so etwa als Zentren für alternative Energiegewinnungen. Diesen Regionen gehört die Zukunft!

Aber die ostdeutschen Regionen wurden im Zuge der deutschen Einheit auch wieder international wahrnehmbare, europäische Kulturregionen! Es sei daran erinnert, dass die Entwicklung der neuen Länder auch ein europäisches Projekt ist. Die Förderungen durch die Europäische Union waren vielleicht nicht immer mit so viel „politischer Begleitmusik“ verse-

hen wie die deutschen Solidarpakte I und II. Gleichwohl war die Unterstützung der Entwicklung der Infrastruktur durch die EU ausgesprochen effizient. Es gibt Regionen in den neuen Ländern, die Vorbilder im EU-Maßstab sind!

Auch sollten wir nicht vergessen: Die Einheit Deutschlands wurde nur möglich, weil in den mittel- und osteuropäischen Ländern die Menschen entschlossen für Freiheit und Demokratie eingetreten sind. Ohne „Solidarność“ in Polen, ohne das Aufbegehren gegen den totalitären Kommunismus der Menschen in den baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen, die von der Sowjetunion okkupiert waren, ohne das Freiheitsstreben der Ungarn, Tschechen, Slowaken und anderer wäre die Einheit Deutschlands nicht möglich gewesen. Die Völker Europas sind heute durch gemeinsame Werte, die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie und Recht verbunden. Entsprechend heißt es in der „Berliner Erklärung“ vom 25. März 2007, einer gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“

Die Deutschen haben die einmalige Chance zur Wiederherstellung der Einheit ihres Vaterlandes beherzt genutzt. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ist in Europa und international nicht trotz, sondern durch die Einheit gewachsen. Wir haben allen Grund, darauf stolz zu sein – als Deutsche und als Europäer. ❖



Hans-Gert Pöttering MdEP
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und Präsident des
Europäischen Parlamentes a. D.